

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

20.6.1866 (No. 144)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 20. Juni.

N. 144.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

Aus einem gestern (19. d.) Nachmittags 4 Uhr ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

Frankfurt, 18. Juni, Abends. Das Durchkommen der kurhessischen Truppen bestätigt sich; dieselben werden vom Thronfolger Prinz Friedrich Wilhelm geführt und sollen gegenwärtig bei Hersfeld stehen.

Darmstadt, 18. Juni. Heute früh hat hier die Beerdigung des Prinzen Alexander von Hessen als Kommandanten des 8. Bundeskorps in Gegenwart von Kommissären der Regierungen von Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen stattgefunden und damit Se. Großh. Hoheit das Korpskommando angetreten.

München, 19. Juni, Morgens. Die Königin von Sachsen und die königl. sächsische Familie beziehen heute die Villa bei Regensburg. Die Königin-Wittwe blieb in Dresden. — Prinz Karl wird sich morgen oder übermorgen ins Hauptquartier Bamberg begeben.

Frankfurt, 19. Juni, Nachmittags. Die Nachricht, daß Dresden von den Preußen besetzt ist, wird bestätigt. Preußen auch in Hannover, noch nicht in Kassel. — Hannoverische und kurhessische Truppen ziehen von Bebra (Knotenpunkt der Eisenbahn zwischen Kassel-Eisenach und Bebra-Hersfeld) nach Hanau.

Stuttgart, 19. Juni, Nachmittags. Württemberg ruft seinen Gesandten von Berlin zurück; der hiesige preussische Gesandte erhält seine Pässe.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Juni. 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt.

Auf der Regierungsbank: die H. Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, und der Finanzen, Staatsrath Dr. Vogelmann, und Hr. Ministerialrath Walli.

Tagesordnung: Berathung des Gesetzentwurfs, die Aufbringung der zur Bestreitung des außerordentlichen Militäraufwandes nöthigen Mittel und des Finanzgesetzes für 1866 und 1867; Wahl des landständischen Ausschusses.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Hr. Präsident mit, daß der Beschluß der Zweiten Kammer, durch welchen der Gehalt des Hrn. Archiraths Goldschmidt von 1500 fl. auf 1700 fl. erhöht worden ist, die allerhöchste Genehmigung erhalten; ferner, daß der Abg. Duhl sein Mandat als Kammermitglied niedergelegt hat.

Hierauf erstattete der Abg. Kirchner Namens d. r. Subkommission Bericht über den ersten auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf, welcher nach der Fassung der Kommission folgendermaßen lautet:

Art. 1. Zur Deckung des außerordentlichen Militäraufwandes ist sofort ein auf die Steuerkapitalien umzulegendes Anlehen von zwanzig vier Kreuzer auf das 100 fl. Steuerkapital zu erheben.

Art. 2. Frei vom Bezug zu diesem Anlehen sind:

- 1) die Steuerkapitalien des Staats,
- 2) die Klassensteuer-Kapitalien derjenigen Personen, deren Klassensteuerpflichtiges Einkommen die Summe von sechshundert Gulden jährlich nicht übersteigt,
- 3) die Gewerbesteuer-Kapitalien von eintausend Gulden und weniger.

Art. 3. Die Umlage erfolgt nach Verhältnis der Größe der Steuerkapitalien, und zwar bezüglich der Grund-, Häuser-, Gewerbe- und Klassensteuer nach dem Kataster für 1866, und bezüglich der Kapitalsteuer nach dem Kataster von 1865.

Der Anlehensbetrag wird für jeden Pflichtigen in ganzen Gulden berechnet; Theile eines Guldens bleiben außer Ansatz.

Art. 4. Das Anlehen wird mit fünf Prozent für das Jahr verzinst; der Zinslauf beginnt am 1. Juli d. J.

Art. 5. Die Rückzahlung erfolgt nach Wiederherstellung des Friedens.

Die Termine der Rückzahlung werden im Wege der Gesetzgebung festgesetzt.

Art. 6. Für die Beibringung des Anlehens gelten die für die Steuererhebung bestehenden Vorschriften.

Art. 7. Werden die weiter erforderlichen Mittel durch Verkauf von Obligationen der bereits bewilligten Anlehen nicht beigebracht, so ist die großh. Regierung ermächtigt, in der Zeit bis 1. Oktober d. J. ein weiteres Anlehen von zwanzig vier Kreuzer auf das 100 fl. Steuerkapital unter den in diesem Gesetz erwähnten Bestimmungen umzulegen.

Art. 8. Das Finanzministerium ist mit dem Vollzug beauftragt.

Den ausführlichen Kommissionsbericht werden wir nachtragen. Die Kommission beantragt darnach Annahme des Gesetzes und Berathung in abgekürzter Form.

Abg. Knieß: Einen so wichtigen Gegenstand sollte man nicht in abgekürzter Form berathen.

Staatsrath Dr. Vogelmann: Die Regierung befinde sich

gewissermaßen in einem Nothstand; man könne nicht wissen, ob das Gesetz, wenn es erst einige Tage später berathen würde, noch ausführbar wäre.

An der allgemeinen Diskussion betheiligten sich die Abgg. Knieß, Mathy, Köhler, Beck, Moll, Schaaff, Pagenstecher, Staatsrath Dr. Lamey, der Abg. Kiefer und der Berichterstatter.

Staatsrath Dr. Vogelmann (gegenüber einer Aeußerung des Abg. Moll): Er gesteht, daß er die Voraussetzungen nicht bestehe, die nöthig gewesen wäre, um die Verhältnisse des Jahres 1866 vorherzusehen; allein er müsse diejenigen, welche ihm den Mangel der Voraussetzungen vorwerfen, fragen, ob denn sie die Sache vorausgesehen hätten und wer ihnen diese Gabe der Fernsicht gegeben habe? Ein Anlehen sei im Anfang des Jahres 1866 allerdings noch zu beschaffen gewesen; aber die großh. Regierung habe es nicht über sich vermocht, die damit verknüpften Bedingungen zu gewähren.

Für das Anlehen werden einfache Empfangscheine ausgegeben, welche cedirbar sind. Sollten bei Ausführung des Gesetzes Härten vorkommen, so werde das Finanzministerium Alles anbieten, um solche zu vermeiden.

Bei der Spezialdiskussion entstehen über die Frage, ob auch bei der etwa eintretenden zweiten Darlehenshebung der Kapitalsteuer-Kataster für 1865 zu Grund gelegt werden soll und wie die Darlehensquittungen beschaffen sein werden, kurze Debatten zwischen den H. Regierungskommissären und den Abgg. Turban, Achenbach, Kujel, Moll.

Abg. Munt v. S. ist für den Strich des Art. 7, weil er die Frage über eine zweite Darlehenshebung später nochmals der Entscheidung der gesetzgebenden Faktoren unterbreite sehen möchte. Abg. Pagenstecher und Abg. Tritschler unterstützen den Antrag; die Abgg. Federer, Turban, v. Roggenbach, Moll und der Berichterstatter sprechen gegen denselben. Der Antrag wird abgelehnt.

Das Gesetz wird hierauf einstimmig angenommen, ebenso das Finanzgesetz für 1866 und 1867.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Juni. Ihre Kaiserl. Hoheit die Großfürstin Marie von Rußland, Herzogin von Leuchtenberg, und ihre Tochter Prinzessin Eugenie Kaiserl. Hoheit sind, wie wir so eben erfuhr, heute Vormittag 10 Uhr von Nipolsbau abgereist und kehren über Paris nach St. Petersburg zurück.

Karlsruhe, 19. Juni. Die zum Stab des 8. Bundes-Armeekorps bestimmten badischen Offiziere und Kriegsbeamten begeben sich heute in das Hauptquartier des 8. Korps.

Frankfurt, 18. Juni. (R. Fr.-Blg.) Nach von Marburg hieher gelangten Privatnachrichten haben die daselbst eingerückten preussischen Truppen das im Bahnhof befindliche Fahrmaterial der Main-Weber-Bahn unbrauchbar gemacht, und die Gelder der öffentlichen Kassen mit Beschlag belegt.

Frankfurt, 18. Juni. (Fr. Z.) Reisende, die heute aus Siegen eintrafen, wollten wissen, daß in Wehlar abermals 25,000 Preußen angelagt seien. Auf der Main-Weber-Bahn sind jetzt für den regelmäßigen Dienst täglich drei Züge bestimmt, die Morgens um 8, Mittags um 2, und Abends um 8 Uhr abgefertigt werden.

Frankfurt, 18. Juni. (R. K.) In Bezug auf das gegen den österreichischen Antrag abgegebene Votum der zweiten Kurie (großh. und herzogl. sächsische Häuser) wird bekannt, daß Sachsen-Meinungen demselben nicht zugestimmt hat.

Darmstadt, 17. Juni. (Fr. P.-Blg.) Die großh. Ministerien des Hauses und des Aeußern, der Finanzen und des Krieges haben der Zweiten Kammer den am 14. l. M. gefassten Bundesbeschluß mitgetheilt und der betreffenden Zuschrift Folgendes beigelegt:

Hiermit ist der Fall eingetreten, in dessen Voraussicht die großh. Regierung die erwähnte Vorlage gemacht hat. Es liegt nunmehr die bestimmte bundesverfassungsmäßige Verpflichtung für das Großherzogthum vor, sein Kontingent umgekehrt auf den Kriegszustand zu setzen und dasselbe spätestens binnen 14 Tagen bereit machend und schlagfertig aufzustellen, daß es auf ergebende Aufforderung innerhalb 24 Stunden mit allem Kriegsbedarf abmarschiren kann.

Unter diesen Umständen richten die unterzeichneten Ministerien an die verehrliche Zweite Kammer der Stände das eben so bestimmte als dringende Ersuchen, der großh. Regierung nunmehr die zur Erfüllung der obengedachten Bundespflicht erforderlichen Mittel und zwar zunächst in dem Seitens der Regierung selbst nachträglich ermäßigten Betrag von 2,500,000 fl. zu Lasten der Ueberträge der Haupt-Staatsklasse zur Verfügung zu stellen.

Darmstadt, den 15. Juni 1866.

Marburg. Die Preußen haben folgende Proklamation an die Hessen verbreitet:

Gefährliche Brüder! Auf Befehl meines Königs und Herrn bin ich mit einem preussischen Korps heute in Eure Lande eingerückt, nachdem Eure Regierung in heillosen Verblendung es verschmäht hat, im friedlichen Bunde mit Preußen für unser gemeinsames deutsches

Vaterland eine Organisation zu schaffen, welche den gerechten Forderungen des deutschen Volkes entspricht. Kaum hat ein anderer Volkstamm so schwer unter der Befahrenheit unserer deutschen Zustände zu leiden gehabt, wie Ihr! Wir wissen, daß Ihr Euch deshalb nach glücklicheren Tagen seht, und kommen zu Euch, nicht als Feinde und Eroberer, sondern um Euch die deutsche Bruderhand zu reichen! Nehmt sie an und folgt nicht länger der Stimme Derer, die Euch mit uns verfeinden möchten, weil sie kein Herz für Euer Wohl und Deutschlands Ehre haben! Nur Den, der zwischen Euch und uns sich stellt, betrachten wir als unsern Feind. Ich würde jeden Versuch des Widerstandes mit dem Schwerte in der Hand brechen, aber auch jeden Tropfen so vergossenen Blutes schwer beklagen. Ich fordere alle Behörden auf, auf ihrem Posten zu verbleiben und ihre Geschäfte wie bisher fortzuführen. Den friedlichen Bürgern verspreche ich Schutz in ihrem Eigenthum. Der Verkehr wird im Lande frei bleiben, so weit dies ohne Beeinträchtigung der militärischen Interessen möglich ist. Dagegen erwarte ich überall bereitwilliges Entgegenkommen zu finden, wo ich im Interesse meiner Truppen und zur Erfüllung der mir gestellten Aufgabe die Hilfe des Landes in Anspruch nehmen muß. Gefährliche Brüder! Preußens Volk, gesamt um Preußens König, setzt seine höchsten Güter ein für deutsches Recht und Deutschlands Macht. Auf! zeigt auch Ihr, daß echtes deutsches Blut in Euren Adern rollt!

Am 16. Juni 1866. Der königl. preuss. General v. Deyter.

Koblenz, 18. Juni. (Fr. Z.) Gestern Abend nach 10 Uhr wurde unsere Garnison durch Generalmarsch alarmirt. In großer Eile wurden die Reste aller Truppengattungen sofort aufgeboden; die Thore der Stadt wurden geschlossen, alle Zugbrücken aufgezogen, sowie die Geleise der Eisenbahn von Horchheim nach Lahnstein aufgerissen. Nachdem die kleine preussische Armee bis gegen 5 Uhr Morgens an der nassauischen Grenze aufgestellt blieb, kehrte dieselbe wieder in die Stadt zurück. — Nachschrift. So eben wird durch die Schelle bekannt gemacht, daß auch das zweite Aufgebot sämmtlicher Truppentheile sofort sich zu stellen habe.

Koburg, 15. Juni. (Fr. Z.) Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein ist mit Regierungsrath Samwer heute hier eingetroffen und vom Herzog von Koburg am Bahnhof empfangen worden. — Der hiesige Landtag ist heute von Staatsrath v. Schwendler vertagt worden. Unter Hinweis auf die erantenen Zeitereignisse, bei denen die Interessen so vieler Staatsangehörigen litten, vertraue die Staatsregierung, wenn es erforderlich werde, auf den Beistand der Landesvertretung und wünsche, daß beide Faktoren beim Wiederausammentritt sich unter günstigeren Verhältnissen befragen könnten.

Gotha, 17. Juni. (A. Blg.) In der ganzen verfloffenen Nacht und bis zur Stunde, Vormittags 9 Uhr, beförderten zahlreiche Sonderzüge einen großen Theil der kürzlich hier durchgegangenen preussischen Truppen vom 7. Armee-korps von der Provinz Sachsen zurück nach Wehlar und weiter hin am Rhein. Heute früh 4 $\frac{1}{2}$ Uhr kam das Bataillon von Koburg eiligst mit Sonderzug an. Gestern Mittags sind nach einem Telegramm aus Koburg die bayrischen Truppen dortselbst eingerückt. Bei Erfurt, dies- und jenseits, sind die Eisenbahnschienen aufgerissen, überhaupt die ganze Eisenbahnverbindung von hier mit Leipzig abgebrochen. Dasselbe gilt für die Strecken von hier nach Kassel, Hannover und Frankfurt a. M. Von Koburg aus wurden Jagde und Postbarkeiten hieher begeben.

Anhalt, 14. Juni. (B. u. S. B.) Geh. Rath Sintenis eröffnete gestern den außerordentlich einberufenen Landtag. Es ist demselben nur eine Vorlage gemacht worden: eine Anleihe bis zum Betrag einer Million, bestimmt zur vorläufigen Deckung der etwa nicht rechtzeitig eingehenden Einnahmen und zu den zu erwartenden außerordentlichen Ausgaben, und die Vermehrung der Staats-Kassenscheine um 750,000 Thlr., um dem Stand der Industriellen, den Handels- und Landwirtschaftstreibenden in derselben Weise aufzuhelfen, wie dies anderwärts durch Darlehnskassen versucht worden ist. Die 750,000 Thlr. sollen in Appoints à 1 Tplr. ausgefertigt werden und von der Baareinlösung „bis auf Weiteres“ (wie die Vorlage sagt) ausgeschlossen bleiben.

Hannover, 16. Juni. (Köln. Blg.) Magistrat und Bürgervorsteher trafen gestern spät Abends zusammen, begaben sich nach längerer Besprechung nach 1 Uhr Nachts zum König, wurden vorgelassen, und trugen durch den Mund des Stadtdirektors die Bitte vor, daß der König das Land nicht verlassen, wohl aber Maßregeln ergreifen wolle, um dem Lande den Frieden zu bewahren. Der König, der die Audienz im Beisein der Königin und des Kronprinzen erteilte, erklärte in einer längern, die Abstimmung vom 14. d. begründenden Auseinandersetzung, wie Preußen Forderungen gestellt habe, deren Erfüllung das Königreich mediatisiren, die Selbständigkeit der Krone, des Landes und jedes Einzelnen vernichten, die mit des Königs Pflicht und Ehre unvereinbar seien. Er sei außer Stande, die Hauptstadt gegen die überlegene Kriegsmacht vor der Okkupation zu bewahren, und konzentrire seine Truppen in den südlichen Provinzen, wo er sich zu halten hoffe. So schmerzlich ihm der nothwendig gebotene Schritt sei, so könne er als Christ, als Monarch

und als Welf doch nicht anders. Die Königin sprach noch persönlich mit bewegter Stimme und mit Thränen im Blick ihren Entschluß aus, unter dem Schutze ihrer Bürger hier zu bleiben. Gegen 3 Uhr Morgens fuhr der König sammt dem Kronprinzen ab, und hatte vorher eine Zuschrift an die städtischen Kollegien und Bürger der Hauptstadt unterzeichnet, lautend: „Im Begriff, mit dem theuern Kronprinzen mich zu meiner Armee in den südlichen Theil meines Königreichs zu begeben, lasse ich meine theure Königin und geliebten Thöchter zu Herrenhausen Eurer bewährten Treue, Liebe und Anhänglichkeit zurück.“ Die Königin hat sich im Lauf des Tages in der nicht wenig aufgeregten Stadt gezeigt. Es heißt, Prinz Hienburg, der preussische Gesandte, bleibe als Privatmann hier und habe der Königin im Auftrage seiner Regierung Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums zugesagt. Auf die Nachricht, daß der König abgereist sei, erklärte Bennigsen nach einer scharfen Verurtheilung der Regierungspolitik in der heutigen Kammer Sitzung, daß er seinen (gestern mitgetheilten) Antrag zurückziehe. Auf seine und Münchhausens Anfrage erwiderte der Minister des Innern, der König bleibe in Göttingen, die Kassen seien thunlichst gesichert, über die Vollmachten der Minister könne Näheres nicht mittheilt werden, da im Orange der Zeit die Unterhandlungen nicht zu Ende gebracht seien. Darauf wurden die Kammeru vertagt. Tausend Gerüchte durchschwirren die Luft. Der Einmarsch der preussischen Truppen wird hier jeden Augenblick erwartet. Alle Wachen sind unbesetzt. Heute früh nahmen die letzten hiesigen Truppentheile die Pferde von den Droschken und Bauernwagen weg, um das Armeematerial zum Bahnhof zu transportieren.

Lüneburg, 17. Juni. Die Preußen haben bei ihrem Einrücken in Hannover eine Proklamation erlassen, welche im Wesentlichen besagt, der König von Preußen sei seit Wochen bemüht, die schwebenden Fragen mit Hannover zu ordnen. Hannover verweigerte dies. Preußens Sicherheit erfordere, daß im Rücken der Armee keine Feinde sich befinden. Der König von Preußen verlange die Entlassung der über die Friedensstärke eingezogenen hannoveranischen Soldaten. Nur dadurch würden die Kriegseiden Hannover erspart. So lange dies nicht geschehen, werde Hannover als im Kriegszustande betrachtet. Preußen komme nicht als Feind der Einwohner. Das Privateigenthum werde streng geschont bleiben, die preussischen Truppen werden ihre Disziplin bewahren. Die Proklamation ist aus Harburg vom 16. Juni datirt und vom General v. Manteuffel unterzeichnet.

Hamburg, 16. Juni. Die hannoversche Telegraphenstation hier selbst ist preussischer Seite geschlossen worden.

Altona, 15. Juni. Das 11. Regiment, welches vom Dienstag an hier lag, rückte, durch Generalmarsch gesammelt, heute Mittag 12 Uhr aus, nachdem der Marschbefehl unerwartet für Alle gekommen war. Unter persönlicher Verabschiedung von Seiten des Gouverneurs v. Manteuffel und mit klingendem Spiel zog dasselbe durch das Nobisthor nach Hamburg, um von dort nach Harburg befördert zu werden. Das gesamte Gepäck des Regiments folgte gleich darauf in einer langen Reihe von Wagen nach, das jedoch einen andern Weg nach Hamburg wählte. Eine 4- und eine 6pfündige Batterie des 6. Artillerieregiments nebst Munitio, stolonnen und mehrere Schwadronen des Magdeburgischen und Rheinischen Dragonerregiments zogen durch Hamburg nach dem Grasbrook zur Fährstelle. Die Hauptwache wurde beim Abmarsch der Polizei übergeben; um 1 Uhr trafen dagegen die Bejagungsmannschaften der hier im Hafen liegenden preussischen Kriegsschiffe „Arminius“, „Loreley“ und „Cyclop“ ein, welche die Wache sogleich besetzten. Im Laufe des Nachmittags wurden noch mehrere Dampfschiffe von der hiesigen Landungsbrücke mit Truppen vom 36. Regiment nach Harburg befördert. Eine größere Anzahl wurde vom Hamburger Hafen aus in Schuten von einem preussischen Kanonenboot über die Elbe geschleppt, fuhr jedoch des niedrigen Wasserstandes wegen im Köhlbrand, einem der Verbindungsarme der Nord- und Süderelbe, auf und mußte die Fluth abwarten. Die andern preussischen Kanonenboote waren zuvor den Köhlbrand gegen Harburg zu ausgegangen. — Aus Harburg wird unter dem 15. Juni, Abends, berichtet: Auf direkte Requisition des Kommandeurs eines preussischen Kanonenbootes wurden die Harburgischen Dampfschiffe und Fährtrajette seit heute Mittag gezwungen, preussisches Militär unausgesetzt nach Harburg überzuführen. Auf telegraphischem Wege war aus Hannover Instruktion erbeten worden und von dort der Bescheid gekommen, die Forderungen der Preußen zu erfüllen. Die Passagierfahrten sind einstweilen gänzlich gehemmt, und per Dampfer und über Wilhelmsburg rücken die Preußen ein. Das 11. und 36. Regiment wie einige Schwadronen Dragoner haben bereits in Harburg und Umgegend Quartier genommen; die hannoverschen Truppen waren kurz vorher abgezogen. Sämtliches Eisenbahnmateriale, sowie die Eisenbahnkasse ist nach Hannover geschafft und die Postverbindung unterbrochen. Für General Manteuffel ist bereits Wohnung bestellt.

Berlin, 17. Juni. Sr. Maj. der König empfing gestern Mittag u. A. den königl. Flügeladjutanten Oberst v. Stiehl, welcher von einer Mission aus Weimar hieher zurückgekehrt ist, und den Oberstleutnant v. Krosigk, welcher aus Frankfurt a. M. in Berlin eingetroffen ist. Letzterer, der bisher als preussischer Kommandant in Frankfurt fungirte, ist zum Kommandanten des kön. Hauptquartiers ernannt worden. — Die Abreise des Königs nach dem Hauptquartier erfolgt heute Abend. In dem Gefolge Sr. Majestät werden sich befinden: Der Herzog v. Ujest, der Fürst Pückler, der Kriegsminister v. Roon, der General der Infanterie v. Woltke, der Generaladjutant v. Alvensleben, der General à la suite v. Boyen, der Chef des Militärkabinetts, Generalmajor v. Treckow, und mehrere Flügeladjutanten; sodann der Ministerpräsident Graf Bismarck mit dem Geh. Rath Abelen und dem Legationsrath v. Reudell vom Ministerium des

Auswärtigen, der Hofmarschall Graf v. Perponcher, der Hofkammerrath v. Rauch, und der Leibarzt Dr. Lauer. Wie verlautet, wird auch der kommandirende General des 4. Armeekorps und Militärgouverneur der Provinz Sachsen, General v. Schack, sich in das Hauptquartier des Königs begeben.

Dem Vernehmen nach haben die Gesandten von Sachsen, Hannover und Kurhessen gestern Berlin verlassen. — Die Militärtransporte nach der Lausitz und der Provinz Sachsen sind von hier aus den ganzen gestrigen Tag hindurch fortgesetzt worden. Auch heute gehen noch Militärszüge nach dieser Richtung ab. Die hier versammelt gewesenen Landwehr Bataillone ersten Aufgebots sind mit zahlreichen anderen Landwehr-Truppen nunmehr ebenfalls in die Operationslinie eingerückt, um aktiv am Kampfe Theil zu nehmen. Zur Befestigung der größeren Städte wird jetzt die Landwehr zweiten Aufgebots einberufen. Um namentlich den älteren Jahrgängen derselben jede thunliche Erleichterung zu verschaffen, sollen in die Landwehr-Bataillone zweiten Aufgebots auch Wehrpflichtige aus der Ersatzreserve eingestellt werden. — Wie verlautet, ist hier eine Vereinigung der verschiedenen politischen Parteien im Werke, welche den Zweck hat, gegenüber der jetzigen Staatsgefahr den politischen Kampf im Innern des Landes zurückzustellen und gemeinsam für die Sache des Vaterlandes einzutreten. Eine in diesem Sinne sich aussprechende, von hervorragenden Vertretern aller Parteien unterzeichnete öffentliche Kundgebung soll binnen kurzem zu erwarten sein.

Oderberg, 18. Juni. Aus Preußen wird gemeldet, daß von heute an keine Eisenbahnzüge hieher abgelassen werden.

Von der schlesisch-böhmischen Grenze, 15. Juni. (A. Ztg.) Durch die schon früher begonnene, gestern und heute aber fortgesetzte abermalige Truppenverlegung hat die bisherige preussische Truppenaufstellung in Mittel- und Ostpreußen eine gänzliche Umgestaltung erfahren; denn es ist die ganze aus dem ersten, fünften und sechsten Armeekorps bestehende „schlesische Armee“ mit großer Hast nach Oberschlesien, vorzugsweise zwischen Neiße und Raibor, geworfen worden. Wie schon früher berichtet, hatte der mit seinem Korps in die Gegend von Neiße vorgerückte Korpskommandirende v. Wittich sein Korpsquartier genommen, und dort ist nun auch der Kronprinz mit seinem Hauptquartier von Jützinstein gereist. Daß diese Veränderung plötzlich und unerwartet gekommen ist, zeigt die Thatsache, daß der Kronprinz zwischen seinem Hauptquartier und Waldenburg, Friedland u. s. w. erst vor einigen Tagen Telegraphenleitungen herstellen ließ, welche kaum ihre Vollendung erreichten, als der Befehl vom König zum Aufbruch aller bei Landesbuth, Waldenburg, Friedland und Hirschberg liegenden Truppen eintraf. Gestern und heute sind 14 Ertrazüge, immer je und je nach zwei Stunden, mit Truppen des ersten Armeekorps mit der Freiburger Bahn nach Breslau und von dort nach zweifünziger Raht mit der ober-schlesischen Eisenbahn nach Raibor expedirt worden, während andere Theile dieses Armeekorps den auf verschiedenen Straßen marschirenden Truppen des fünften und sechsten Armeekorps nachgefolgt sind, und in diesem Augenblick auf diesem Weg ihren Bestimmungsort bei und oberhalb Neiße noch kaum erreicht haben dürften. In der verfloßenen Nacht ist auch das zweite Garderegiment zu Fuß, mit der Eisenbahn aus Berlin kommend, mit 6 Ertrazügen der ober-schlesischen Eisenbahn nach dem nun bald blutigen Kriegsschauplatz befördert worden. Das erste Garderegiment zu Fuß wird demselben heute Nacht oder morgen nachfolgen. Das Waldenburger Gebirge und das Hirschberger Thal, welches noch jüngst vom Geräusch der Waffen wiederhallte, ist also gegenwärtig, mit Ausnahme der größeren Städte, wieder von Truppen entblößt, und es sind an der Grenze nur so viele Soldaten vorhanden, als zur Bewachung der auch von den Oesterreichern schwach besetzten Grenze nothwendig erscheinen. Zur Beförderung der erwähnten drei Armeekorps und der zahlreichen Artillerie und Trainkolonnen hat wenigstens eine ziemliche Strecke hindurch die von Schneidnitz über Reichensbach nach Falkenstein führende Straße gute Dienste geleistet. Der preussischen Truppenaufstellung bei Görlitz in der Oberlausitz gegenüber bezieht nun auch die sächsische Armee, zwischen Baugen und Lössan an der Eisenbahnlinie und Hauptstraße ein Kriegslager, welches von einem von den Oesterreichern bei Dierschensdorf zu beziehenden Lager unterstützt werden wird. Daß die Armee des Prinzen Friedrich Karl in der Lausitz vorüber als Hauptmacht auf der langen Operationsbasis bestimmt war, zeigt schon der Name des Prinzen; der Gang der Ereignisse jedoch kann es mit sich bringen, daß gerade die Armee des Kronprinzen, welcher dem ursprünglichen Plan gemäß nur eine Nebenrolle zugebach war, die Hauptrolle zufallen könnte. Ist ja auch schon diese Armee wiederholt von Truppen verstärkt worden, welche ursprünglich eine andere Bestimmung hatten. Eine Reise des Königs in das ober-schlesische Hauptquartier nach Neiße gehört demnach nicht zu den Unwahrscheinlichkeiten, und es könnte vorläufig auch dort das bisher noch nicht bestimmte große Hauptquartier sein, dessen Berliner Blätter in unbestimmter Weise schon so oft Erwähnung thaten.

Bodenbach (Böhmen), 17. Juni. Die Preußen sind gestern auf sächsischem Gebiet bis Gerasdorf an der böhmischen Grenze vorgedrungen; in dem böhmischen Grenzort Kumburg sind bereits preussische Bistets aufgestellt.

Prag, 17. Juni. (Presse.) Der Kronprinz von Sachsen hat das Oberkommando über die sächsische Armee übernommen. An der Grenze bei Schluckenau rekonosirten starke preussische Uhlanenpatrouillen aus Neusalza. Generalkonjunkt Grünert ist nach Eger gereist. Den Schutze der österreichischen Handelsinteressen in Leipzig übernahm der englische Generalkonjunkt. Der österreichische Gesandte am sächsischen Hofe, Baron Werner, ist in Prag eingetroffen. Das

Dresdener Militärhospital, die Jöglinge der dortigen Artillerie- und Cadettenchule sind gleichfalls hier angekommen.

Olmitz, 18. Juni. (Presse.) F. M. E. Gablenz ist heute Morgens eingetroffen und geht Abends ab. Er übernimmt das Kommando des zehnten Armeekorps. Gestern fand eine Sitzung der Armee-Intendanten zur Verathung der Vereinfachungen in der Organisation des Verpflegungswesens, namentlich bezüglich der Nachschubtransporte statt. Hauptmann Ortman vom Geniecorps, welcher die Propositionen bezüglich der Vereinfachung des Verpflegungssystems stellte, ist von Wien zu dieser Sitzung eingetroffen. Große Verpflegungs-Entrepôts werden in Pterau errichtet.

Wien, 17. Juni. Es war, glaube ich, das „Memor. Diplom“, welches ankündigte, daß Verhandlungen zwischen Wien und Paris schwebten, um Frankreich Garantien gegen eine allgemeine europäische Konflagration zu bieten. Verhandlungen schweben, das ist richtig, aber ihr Gegenstand dürfte in jener Version möglichst ungenau bezeichnet sein. Verhandlungen schweben, um es kurz zu sagen, abermals zur Ermöglichung einer Kombination, welche, ohne einer Großmacht eine Gebietsveränderung zuzuwenden, entsprechende Gebietsveränderungen ins Werk zu setzen gestattet. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß diese Verhandlungen auf der Basis der bereits in der zweiten österreichischen Depesche vom 1. Juni enthaltenen Andeutungen geführt werden, und um über ihre spezielle Richtung zu orientiren, mag daran erinnert werden, daß Frankreich sowohl als Oesterreich wohl ein Gewicht darauf gelegt haben, daß kein Großstaat einen Zuwachs an Gebiet oder Macht erlange, daß aber ein eventueller Verlust an Macht oder Gebiet als Ausgangspunkt eines Arrangements dadurch nicht ausgeschlossen ist. Wer in dem Kampf, der jetzt entbrannt ist, unterliegt, wird verurtheilt sein, das ausgleichende Material für die neue Karte Europas zu liefern, denn wesentlich nur darum, dieses Material zu beschaffen, handelt es sich im Grunde noch.

Italien.
Florenz, 17. Juni. Der Marineminister ist abgereist, um den Oberbefehl seiner Division zu übernehmen. Man glaubt, das neue Kabinett werde der Kammer angezeigt werden, sobald der Krieg zum Ausbruch gekommen sein wird.

Mailand, 17. Juni. Garibaldi ist in Bergamo angekommen, wo er eine Revue über die Verjagierten und die Freiwilligen abgehalten hat. Er wurde mit lautem Jubel empfangen. Die Nachrichten aus Venedig melden 16 neue Ausweigungen.

Frankreich.
Paris, 18. Juni. Die „France“ bringt diesen Abend einen Artikel unter dem Titel: „Frankreich vor dem Krieg“, dem wir Folgendes entnehmen:

Heute steht sich Frankreich gerächst gegen diejenigen, welche (1815) die Absicht hatten, es zu demüthigen. Diese Sache — es verlangt sie nicht, und wenn es daran denkt, was sie kostet, so waagt es nicht, daran zu denken, was sie ihm einbringen kann. ... Aber wenn an unserer Seite Europa umgestaltet wird, haben wir die gebieterische Pflicht, darüber zu wachen, daß es nicht ohne und gegen uns umgestaltet werde. Auf Nichts eingehen, Alles voraussetzen, den Krieg einhalten, wenn wir können; Alles erschöpfen, bevor wir selbst das Schwert ziehen; aber wenn der Krieg eine Nothwendigkeit würde, ihn nur führen für Frankreich, für seine Ehre, für seinen legitimen Einfluß, für die Entwöhnung seiner Größe.

Die beabsichtigte Reise des Kaisers in die Ostdepartemente wird sich auf Vorbringen beschränken. Ihre Majestäten werden sich nach Nancy begeben, um dem hundertjährigen Jahrestag der Vereinigung Lothringens mit Frankreich beizuwohnen; aber sie werden weder das Elsaß, noch die Franche Comté besuchen. — Hr. Drouin de Lhuys hat heute lange mit dem Kaiser im Tuileriespallast gearbeitet.

Hr. Rigrafiacete begab sich heute zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, um ihm die Veröffentlichung eines Manifestes und die Eröffnung des Feldzugs in Italien mitzutheilen. — Hr. Thiers beabsichtigt eine Broschüre zu veröffentlichen, um zu sagen, was man ihn im Selbige Körper nicht sagen ließ. — Die Broschüre des Hrn. v. Larochejaquelein, „der Krieg vor der öffentlichen Meinung“, ist erschienen. Der Verfasser konstatiert einerseits den tiefen Widerwillen des Landes vor neuen Kriegen und Ruhmesthaten und andererseits die Macht der Regierung, den allgemeinen Krieg zu verhindern, — wenn sie es ernst will. Er entwirft ein Bild des materiellen Schwandens, welchen der Krieg schon jetzt in Europa angerichtet hat und den er auf nicht weniger als 12 Milliarden schätzt, und dann eine Statistik der 5 Millionen Soldaten, die in den Kampf getrieben werden. — Der „France“ zufolge ist Hr. Sella, der ehemalige italienische Finanzminister, in die Garibaldischen Freischaren eingetreten.

Nach Berichten aus Italien ist Folgendes die Zusammenstellung der Arme: 1. Korps, General Durando, 4 Divisionen. 2. Korps, General Cucchiari, 3. Divisionen. 3. Korps, General Della Rocca, 4. Divisionen. 4. Korps, General Galbini, 5. Divisionen. Im Ganzen 16 Divisionen. Die italienischen Generale haben hienach unter der Hand: 260 Bataillone Infanterie, 194,000 Mann, uneingerechnet 24,000 Mann für 30 Bataillone Bersaglieri zu 800 Mann, also 218,000 Mann Infanterie. — Rechnet man hiezu: 10 Proz. Artillerie, 7 Proz. Reiterei, 3 Proz. Genie etc., so ergibt dies eine Summe von 260,000 Mann. Dazu treten ferner: 20 Bataillone Freiwillige zu Como zu 1000 Mann = 20,000 M., d. h. 280,000 M. am Po, am Mincio und oberhalb des Garda-Sees, und endlich 20 Bataillone Freiwilliger zu Bari und Barletta, sowie die Flotte mit etwas Landungstruppen, und man gelangt so zur Gesamtsumme von 315,000 M. Diesen 315,000 M. stellt Oesterreich 200,000 bis 220,000 M. gegenüber. — An der Börse wollte man wissen, die Börse von Frankfurt sei geschlossen. Das Geschäft ist sehr gering und die Schlusskurse sind in Baissa. Rente 62.47 1/2, Cred. mob. 470, ital. Anl. 37.25.

Portugal.

* **Lissabon, 17. Juni.** Die Session der Cortes ist vom König geschlossen worden, der eine kurze Rede hielt, worin er sagte, daß die Finanzlage befriedigend ist, daß die Grenzregulierungsfrage auf freundschaftlichem Wege mit Spanien geregelt ist, und endlich daß Portugal den augenblicklichen Schwierigkeiten des Continents gegenüber eine strenge Neutralität bewahren wird.

Griechenland.

Athen, 17. Juni. wird telegraphirt, daß der König Georg die Gesandten der Schutzmächte zu sich berufen, ihnen die kritische Lage des Landes vorgestellt und um ihren Rath gebeten habe. Was die Gesandten angerathen, weiß die Depesche noch nicht zu sagen.

Bundespräsidial-Note an den englischen Gesandten.

Frankfurt, 18. Juni. Die „N. Fr. Ztg.“ veröffentlicht folgende Note, welche der Präsident der Bundesversammlung, Baron v. Rübner, vorgelesen an den englischen Gesandten beim Deutschen Bund, Sir Alexander Malet, gerichtet hat: Nachdem die hohe deutsche Bundesversammlung in ihrer vorgestrigen Sitzung im Interesse der innern Sicherheit Deutschlands den Beschluß gefaßt hatte, vier Armeekorps mobil zu machen, hat der königl. preussische Gesandte im Namen Sr. Maj. des Königs erklärt, daß Preußen den Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr für verbindlich ansehe, denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln wird.

Hr. v. Savigny erklärte zugleich seine bisherige Thätigkeit für beendet.

Das Präsidium hat gegen die von dem königl. preussischen Hrn. Gesandten abgegebenen Erklärungen feierliche Verwahrung eingelegt, indem es seinerseits erklärte, daß der Deutsche Bund nach Art. I der Bundesakte ein unauflöslicher Verein ist und daß nach Art. V der Wiener Schlussakte der Austritt aus diesem Verein keinem Mitglied desselben freistehen kann.

Die hohe Bundesversammlung hat sich dieser Präsidialerklärung durchweg angeschlossen.

In ihrer heutigen Sitzung hat diese hohe Versammlung weiter erklärt, daß die Austrittserklärung Preußens ungültig ist, und daß ihre Beschlüsse für Preußen fortwährend verpflichtend sind, und der unterzeichnete k. sächs. Botschafter hat, einem gleichzeitig gefaßten Beschlusse zufolge, die Ehre, Seiner M. von dem Vorstehenden Mittheilung zu machen.

Zugleich ergreift er zc.

Zur Katastrophe in Sachsen.

Es liegen nunmehr jene wichtigen amtlichen Schriftstücke vor, welche dem Einmarsch der Preußen in Sachsen vorhergingen. Zwischen der l. preussischen und der königl. sächsischen Regierung hat am 15. d. folgender Schriftwechsel stattgefunden:

I. Note des königl. preussischen Gesandten.

Dresden, 15. Juni 1866.

Die durch die österreichischen Rüstungen gegen Preußen hervorgerufene bundeswidrige Situation und die Stellung, welche Sr. Maj. der König von Sachsen mit andern Bundesgliedern zu derselben genommen, haben in Verbindung mit den jüngsten Verhandlungen am Bundestage das bisherige Bundesverhältnis gelöst und Sr. Maj. den König von Preußen genöthigt, die zur Vertheidigung seiner Monarchie gegen den beabsichtigten Angriff geeigneten Mittel zur Abwehr zu ergreifen.

Die königl. sächsische Regierung hat am 14. d. dafür gestimmt, daß die hohe Bundesversammlung die Mobilmachung sämtlicher Bundes-Armeekorps mit Ausschluß der preussischen anordne.

Die königl. preussische Regierung kann darin neben der Verletzung des Bundesverhältnisses nur einen direkten Akt der Feindseligkeit gegen sich selbst erkennen, und schon die geographische Lage des Königreichs Sachsen in Beziehung auf die ihm benachbarten preussischen Landes-theile macht es ihr unmöglich, über die feindselige Stellung hinwegzusehen, welche die königl. sächsische Regierung hiedurch ihr gegenüber eingenommen hat.

Der unterzeichnete königl. preussische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister hat in Folge dessen den Auftrag erhalten, die königl. sächsische Regierung um eine Erklärung darüber zu ersuchen, ob Sr. Maj. der König von Sachsen ein Bündniß mit Preußen schließen will unter der Bedingung, daß

- 1) die königl. sächsischen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März d. J. zurückgeführt werden;
 - 2) Sachsen der Berufung des deutschen Parlaments zustimmt und die Wahlen dazu auschreibt, sobald es von Preußen geschieht;
 - 3) Preußen dem König sein Gebiet und seine Souveränitätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschlüge vom 14. d. M. Gewährung leistet.
- Sollte die königl. sächsische Regierung sich nicht entschließen können, ein solches Bündniß zu schließen, so würde Sr. Maj. der König zu seinem letzten Bedauern sich in die Nothwendigkeit versetzt finden, das Königreich Sachsen als im Kriegszustand gegen Preußen befindlich zu betrachten, und die diesem Verhältnis entsprechende zu handeln.
- Indem der Unterzeichnete noch die Ehre hat, ergeht sich zu bemerken, daß er angewiesen ist, eine Antwort im Laufe dieses Tages zu erbitten und daß eine Verzögerung derselben über diesen Termin hinaus, ebensowohl wie eine ausweichende Antwort als eine Ablehnung angesehen werden würde, benützt er zc.

II. Antwort des Hrn. v. Beust.

Der Unterzeichnete hat die Note, welche unter Deutlichem an ihn zu richten dem königl. preussischen außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister Hrn. v. d. Schulenburg-Friemern gefällig war, zu empfangen die Ehre gehabt und nicht gekümmert, solche Sr. Maj. dem König, seinem allergnädigsten Herrn, zu unterbreiten. In Folge dessen ist derselbe beauftragt, nachstehende ergebnisse Erwiderung zu ertheilen.

Die königl. sächsische Regierung kann die Auffassung, welche in der gegangenen Note dem gestrigen Bundesbeschlusse gegeben wird, nur aufrichtig bedauern; sie vermag aber die Ansicht keineswegs zu theilen, daß das Bundesverhältnis damit gelöst werde. Die Grundgesetze

des Bundes schließen bekanntlich die Auflösbarkeit desselben aus. Der Bund dagegen handelt unbeschränkt innerhalb seiner Kompetenz, wenn er die vollständige oder theilweise Mobilmachung des Bundesheeres beschließt; und da hierauf bezügliche Beschlüsse grundgesetzlich nicht an Einstimmigkeit gebunden sind, so ist ein diesfalliger Majoritätsbeschluss ein verfassungsmäßig gültiger.

Die königl. sächsische Regierung würde demnach dem unter 1 an dieselbe gestellten Antrage nicht Folge geben können, ohne ihrer Bundespflicht vollkommen untreu zu werden.

Was den Antrag unter 2 betrifft, so ist die sächsische Regierung gemeint, auf die baldige Einberufung des deutschen Parlaments mit altem Nachdruck hinzuwirken; sie wird aber solches, den Anträgen ihrer Kammer gemäß, in der Weise thun, daß ein Parlament für ganz Deutschland gewählt werde, und sie geht davon aus, daß die Ausschreibung der Wahlen nicht von einer einzelnen Regierung zu erfolgen habe.

Sollte unter diesen Umständen die Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen in der Ablehnung des vorgeschlagenen Bündnisses wirklich einen Grund erkennen, das Königreich Sachsen im Kriegszustand gegen Preußen befindlich zu betrachten und diesem Verhältnis entsprechend zu handeln, so bliebe der königl. Regierung nichts übrig, als gegen ein solches Vorgehen mit Bezugnahme auf die Grundgesetze des Bundes laut und entschieden zu protestiren, und die Abwehr des Bundes anzurufen.

Indem der Unterzeichnete den Hrn. Gesandten ersucht, vorsehende Erwiderung zur Kenntniß seiner höchsten Regierung bringen zu wollen, benützt er zc.

Da in Folge dieser Ablehnung unverzügliche Gewaltthaten der Preußen zu erwarten waren, hat der König am 16. d. M. nachstehendes Manifest erlassen:

An Meine treuen Sachsen!

Ein ungerechtfertigter Angriff nöthigt mich, die Waffen zu ergreifen!

Sachsen! Weil wir treu zur Sache des Rechts eines Brudervolkes standen, weil wir festhielten an dem Band, welches das große deutsche Vaterland umschlingt, weil wir bundeswidrigen Forderungen uns nicht fügen, werden wir feindselig behandelt.

Wie schmerzlich auch die Opfer sein mögen, die das Schicksal uns auferlegt wird, laßt uns muthig zum Kampfe gehen für die heilige Sache!

Zwar sind wir gering an Zahl, aber Gott ist in den Schwachen mächtig, die auf ihn vertrauen, und der Weisheit des ganzen bundes-treuen Deutschlands wird uns nicht ausbleiben.

Bin Ich auch für den Augenblick genöthigt, der Uebermacht zu weichen und Mich von Euch zu trennen, so bleibe Ich doch in der Mitte Meines tapferen Heeres, wo Ich Mich immer noch in Sachsen fühle, werde, und hoffe, wenn der Himmel unsere Waffen segnet, bald zu Euch zurückzukehren.

Sei vertraue Ich auf Eure Treue und Liebe. Wie wir in guten Stunden zusammengehalten haben, so werden wir auch in den Stunden der Prüfung zusammenstehen; vertrauet auch Ihr auf Mich, deren Wohl das Ziel Meines Strebens war und bleibt.

Mit Gott für das Recht! Das sei unser Wahlspruch.
Dresden, den 16. Juni 1866.

Johanna.

Das „Dressd. Journ.“ veröffentlicht zugleich eine königl. Verordnung, durch welche den Ministern v. Falkenstein, v. Friesen, Schneider und v. Engel die provisorische Regierung übertragen wurde, sowie Aufrufe dieser an das Land und die Beamten zu Gelehrigkeit und muthiger Ausdauer.

Baden.

Pforzheim, 16. Juni. (Schw. M.) Die geschäftliche Stimmung macht sich hier mehr und mehr fühlbar. Hier anständige Arbeiter, die ohne Beschäftigung sind, werden von den Gemeindebehörden zu nützlichen Arbeiten verwendet, um ihnen einigen Verdienst zu gewähren. Eine größere Arbeit dieser Art ist die längst beschlossene Flusskorrektur, beziehungsweise die Sicherung der betreffenden Stabs-theile vor eintretender Wassersegefahr. Dieses Unternehmen wird seinem Ende zugeführt werden, nur um den Leuten Beschäftigung zu geben, während dagegen andere in Aussicht genommene unterbleiben.

Offenburg, 17. Juni. (Oberrh. Kur.) Gestern hat hier eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung stattgefunden, in welcher Hr. A. Goegg nach längerer Rede den Antrag gestellt hat, für hier und Umgebung einen Volksverein zum Anschluß an andere, schon in und außerhalb Baden in gleichem Sinne gebildete Vereine zu gründen. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen und auf den Vorschlag des Hrn. Hofer ein Ausschuss von 9 Mitgliedern gewählt, welchem der Auftrag gegeben wurde, Statuten und ein Programm zu entwerfen und auf morgen, Montag Abend, eine zweite Versammlung zur definitiven Konstituierung des Vereins zu berufen.

Bemerkte Nachrichten.

— **Speyer, 18. Juni.** (Pfalz. Ztg.) Heute wurden auf der Saarbrücker Bahn die Kesseltöpfe eingestellt, und es geht das Gerücht, daß von morgen an aus den Saargruben keine Kohlen mehr über die pfälzischen Bahnen gehen dürfen. (S. Anzeigen.)

— **Waghäuser, 17. Juni.** Heute hat hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung stattgefunden, welche ihren Beitritt zur Neustadt-Frontenthaler Erklärung (unter allen Umständen deutsch bleiben zu wollen) erklärte.

— **Augsburg, 16. Juni.** (A. Z.) Sicherm Vernehmen nach ist der hiesige l. Regierungsrath W. v. Buchner auf die wichtige Stelle eines Civil-Ministerialkommissärs bei dem Hauptquartier der bayerischen mobilen Armee berufen worden, und wird demselben für den Fall des Bundesaufgebots die eines Oberlandeskommissärs bei der gedachten Armee übertragen werden.

— **München, 16. Juni.** (Augsb. Abz.) Die Schätze des grünen Gewölbes in Dresden sind größtentheils nach München geschafft.

— **Schweinfurt, 16. Juni.** Nach einem Ausschreiben des königl. Untersuchungsrichters ist der in Goldersheim in Antonimurung liegende Oberst v. Lauch von drei norddeutschen Spionen mörderisch überfallen worden. Der Angegriffene versetzte dem Einen einen Schuß über die Hand, worauf alle drei flüchteten. Einer späteren Mittheilung des „Damb. Tagbl.“ zufolge wären zwei der Spione bereits zur Haft gebracht.

— **Frankfurt, 18. Juni.** Im Lauf des gestrigen Nachmittags ging den Redaktionen sämtlicher hier erscheinenden Zeitungen nachstehende Verordnung des Polizeiamts zu: „Die Redaktionen der hiesigen Zeitungen werden angewiesen, Nachrichten über die Bewegungen der sächsischen Truppen in ihre Blätter nicht aufzunehmen und das Pflichteremplar so zeitig einzusenden, daß die Abendung der per Post abgehenden Exemplare eventuell verhindert werden kann.“

— **Frankfurt, 18. Juni.** (N. Fr. Z.) Aengstliche Gemüther wurden gestern durch, in ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen wiederkehrende Schüsse, welche den Nachmittag über anhielten, in einige Aufregung versetzt. Man glaubte an einen Kampf in unserer Umgegend. Einige unserer Freunde hatten sich auf den Parkburm begeben, um die Lokalität, wo das Gefecht stattfinden, ausfindig zu machen. Ein Theil dieser Beobachter erklärte die Gegend von Bingen, der andere Ufing für den Kriegsschauplatz. Gegen Abend, als unsere Bürger von ihren gewöhnlichen Sonntagsausflügen zurückkehrten, löste sich die Aengstlichkeit der in der Stadt Gebliebenen in Heiterkeit auf. In Niederhöchstadt hat nämlich gestern Fahnenweihe stattgefunden, welche die Bauern den ganzen Tag über durch Böllerschüsse feierten. Das war die Schlacht.

— **In Köln und Paris** weiß man anticipando bereits von dem ersten blutigen Handluge zwischen preussischen und Bundesstruppen zu erzählen. Der „Köln. Ztg.“ wird nämlich aus Bingerbrück Folgendes mitgetheilt: „Bingerbrück noch ruhig (!). Nach eingezogenen Erkundigungen sind Mainz und Frankfurt mit feindlichen Truppen überhäuft (!). Bürttemberger gingen diese Nacht mit 4 Extrazügen nach Mainz (!). Das vierte Darmstädter Infanterieregiment ist bei Friedberg (zwischen Frankfurt und Gießen) von den Preußen fast gänzlich aufgerieben und auseinander gesprengt.“ Die „Köln. Ztg.“ fügt nun gelehrte geographische Notizen über die Stadt Friedberg bei, wo dieses denkwürdige Ereigniß stattgefunden: daß sie in Oberhessen in der Wetterau an der Ubbach liegt, 5000 Einwohner, eine schöne gotische Kirche, ein Taubstummen-Institut habe u. s. w. Auch der Pariser „Moniteur“ hat durch Privattelegramm Nachricht in Erfahrung gebracht. Natürlich ist an der ganzen Nachricht nicht ein w a h r e s Wort, und wir wüßten nicht, was sie veranlaßt hätte, wenn nicht etwa die berühmten Böllerschüsse bei der Fahnenweihe zu Niederhöchstadt (s. o. Frankfurt). Aus diesem Vorfall, sowie aus dem blinden Alarm zu Koblenz, dem ein ähnlicher zu Saarbrücken zur Seite steht, mag man die Warnung vor der leichtfertigen Aufnahme von Gerüchten entnehmen, die in aufgeregten Zeiten leider nur allzu sehr in Umlauf zu kommen und Verwirrung anzurichten pflegen.

— **Mainz, 17. Juni.** (Fr. Z.) Die heute Nachmittag in der Fruchthalle stattgehabte Volksversammlung nahm nach zweistündigen, sehr erregten Debatten folgende Resolutionen einstimmig an: 1) Die Rheinlande sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Wir verwahren uns feierlich gegen ihre Abtrennung von Deutschland. 2) Ganz Deutschland ist verpflichtet, der jetzigen preussischen Regierung und ihren Verbindungen mit dem Ausland mit aller Kraft entgegenzutreten. 3) Gegen die drohende Gefahr ist sofort die Wehrhaftmachung der ganzen Bevölkerung zu gewähren. 4) Die Opferwilligkeit des ganzen Volkes verlangt aber auch unverzügliche Gewährung aller ihm widerrechtlich entzogenen Freiheiten auf dem politischen und religiösen Gebiet, Neugestaltung Deutschlands durch unverzügliche Zusammenberufung eines Parlaments nach dem Wahlgesetz von 1849 mit den Befugnissen der Reichsverfassung und Bildung einer Centralgewalt. — Der Eindruck der eingetretenen kriegerischen Ereignisse trat in der Versammlung bedeutend hervor. Die über 6000 Menschen fassend: Fruchthalle war dicht besetzt. Als Redner traten u. A. auf Mey von Darmstadt und der bekannte Redakteur May aus Altona, der mit großem Jubel begrüßt wurde.

— **Köln, 18. Juni.** (Köln. Ztg.) Die Eisenbahn in Hannover ist wieder hergestellt; die Köln-Mindener Bahn gibt von heute an wieder direkte Fahrpläne über Minden (bis nach Berlin) hinaus aus.

— **Der Gesamttausch des deutschen Sängerbundes** erläßt folgende Ansprache: Deutsche Sangesgenossen! Der Dämon der Zwietracht schwingt über das theure Vaterland die Brandfackel des Brüderkriegs. Der Genius des deutschen Liedes aber ruft es in alle Sauen hinein: „Friede sei mit Euch!“ Dieser Ruf, getragen von der Harmonie der verbündeten Liebe, treffe das Ohr der Schulbigen, wie der Posaunenschall des jüngsten Gerichts! Was wir in Nürnberg und Dresden uns gelobt, daran halten wir fest für und für. Unsere Herzen und Hände sind dem Geweihten, was auf unserem Banner geschrieben steht: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Dafür lasst uns einsehen im gerechten, heiligen Jörn — mit der Peier und, wenn ihre Saiten zerissen herabhängen, — mit dem Schwert! Zeigen wir in Wort und That, daß unser Volk nicht leichtfertig seine Kultur mittelalterlichen Geistes preisgibt, und daß noch so viel Kraft in ihm wohnt, um den verrätherischen Frevel und die anarchische Unfähigkeit Derer, von denen das Unheil stammt, zu überwinden! Der Gesamttausch des Deutschen Sängerbundes. (Folgen die Unterschriften.)

— **Berlin, 17. Juni.** Führer der Fortschritts- und der konservativen Partei konstituirten einen Hilfsverein für Kranke im Feld zu Geld- und Naturalgaben und anderen Hilfsleistungen. Unterzeichnet ist der betreffende Aufruf von den Hrn. Wagener, Redakteur der „Kreuz-Ztg.“, Beuthner, Mommsen, Twisten, Birchow, Scabell.

— **Wien, 17. Juni.** (Schw. M.) In diesen Tagen sind die österreichischen Waffenvorräthe auf ganz unerwartete Weise beträchtlich vermehrt worden. Es trafen hier nämlich aus Preußen in kurzen Zwischenräumen etwa hundert mit „Kurzwaaren“ bezeichnete und für die Donaufürstenthümer bestimmte Kisten ein, die von der Zollbehörde beanstandet und geöffnet wurden. Es fanden sich darin sehr schön gearbeitete Gewehre, die Preußen dem Kaiser Karl I. von Rumänien überfenden wollte. Sie sind auf Grund des Waffentransport-Verbotes und der Zollbestrafung konfisziert und werden jetzt bei der Bewaffnung der Freikorps gute Dienste leisten.

— **Paris, 16. Juni.** In Amiens, Angers und St. Nazaire ist jetzt auch die Cholera ausgebrochen. In Nantes rafft sie viele Personen weg. Man befürchtet, daß sie auch wieder nach Paris zurückkommen wird.

— **Seit Samstag** ist uns — zwei Blätter der „National-Ztg.“ ausgenommen — bis heute keine einzige Berliner Zeitung zugekommen. — D. Red.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

31.621. Wollbach. Verwandten und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater Reinhold Lais, großh. Bezirksförster, in Folge eines längern Lungenleidens heute gestorben ist.

Wir bitten um stille Theilnahme. Wollbach, den 17. Juni 1866. Im Namen der Hinterbliebenen: J. Lais, Kameralpraktikant.

31.581. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Die Bahnhof-Restaurant in Mühlacker ist durch den freiwilligen Rücktritt des seit herigen Pächters in Erledigung gekommen und soll auf den 1. September l. J. neu vergeben werden.

Außer den Restaurationslokalitäten erhält der Uebernehmer zugleich eine geräumige Dienstwohnung im Bahnhofsgebäude.

Die zur Uebernahme Lusttragenden wollen ihre Angebote, nebst Zeugnissen über Leumund, Verbinden und geschäftliche Befähigung längstens bis zum 15. Juli l. J. bei dem Großh. Post- und Eisenbahn-Verwaltungsbureau in Karlsruhe einreichen.

Karlsruhe, den 15. Juni 1866. Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten. Zimmer. Sievert.

31.638. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung der k. preuss. Bergwerksdirektion in Saarbrücken können Saarkohlen nach dem Großherzogthum Baden fernerehin nicht mehr über die Pfälzischen Bahnen, sondern nur noch auf dem Wege über Forstbad-Strasbourg-Kebl befördert werden.

Dievon geben wir den Saarkohlen-Konsumenten zu ihrer ferneren Maßnahme Kenntniss. Karlsruhe, den 19. Juni 1866.

Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten. Zimmer. Schneider.

31.636. Nr. 345. Meersburg. Prüfungsanzeige.

Montag den 25. d. M. findet in der Großh. Landstamm-Anstalt Meersburg die Prüfung der Lehrlinge statt, und zwar mit den 3 untern Klassen Morgens von 8-12 und mit den 2 obern Nachmittags von 2-5 Uhr; wozu höflich eingeladen wird.

Meersburg, den 18. Juni 1866. Der Vorstand. Wurst.

31.609. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Tausch und Kauf nach Entdeckung des maßgebenden Zahlungsmittels.

Eine Kritisfrage für Kaufleute und Geschäftsmänner herausgegeben von Dr. S. Conzen, Dozent der Volkswirtschaft, corresp. Mitglied der Königl. Preuss. Akademie der gemeinnützigen Wissenschaften zu Erfurt, sowie Mitglied anderer gelehrten Gesellschaften und Vereine. 2 Bogen gr. 8°. Preis 27 fr.

Der Herausgeber, welcher sich bereits als Schriftsteller durch mehrere selbständige Arbeiten national-ökonomischen Inhalts, sowie als Dozent der Volkswirtschaftslehre vortheilhaft bekannt gemacht hat, bietet hiermit dem Publikum eine, die Schwenden des Geldes und Kreditfragen gründlich behandelnde Schrift, welche nicht bios das Interesse aller denkenden Kaufleute und Geschäftsmänner, sondern auch die Aufmerksamkeit der Fachgelehrten in hohem Grade auf sich ziehen dürfte.

31.628. Zürich. Ausschreibung.

Die durch Resignation erledigte Lehrstelle für Deutsche Literatur am eidgenössischen Polytechnikum wird hiermit nach Vorchrift des Reglements zu freier Bewerbung ausgeschrieben.

Aspiranten wollen ihre Anmerkungen unter Beilegung von Zeugnissen und allfälligen Diplomen oder schriftstellerischen Arbeiten, sowie eines curriculum vitae bis Ende Juli 1866 an Herrn E. Kappeler, Präsidenten des schweizerischen Schulkonvents, in Zürich einreichen, der auf Verlangen über Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse Auskunft ertheilen wird.

Zürich, den 14. Juni 1866. Im Auftrage des schweizerischen Schulkonvents: Der Sekretär Prof. Stocker.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft. Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York, eventuell Southampton anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe Saronia, Capt. Meier, am 23. Juni. Zenonia, Capt. Gaas, am 30. Juni. Allemania, Trautmann, 7. Juli. Gimbria (im Bau). Die mit * bezeichneten Dampfschiffe laufen Southampton nicht an. Passagierpreise: Erste Kajüte Pr. Gr. Thlr. 150, Zweite Kajüte Pr. Gr. Thlr. 110, Zwischendeck Pr. Gr. Thlr. 60. Fracht bis auf Weiteres ermäßigt auf 1/2 St. 2. 10 pr. ton von 40 Hamb. Kubitus mit 15% Prämie. Näheres bei dem Schiffsmaster August Volten, Wm. Müller's Nachfolger, Hamburg, und dessen Agenten: Karl Hund in Achem und dem Central-Expeditions-Bureau Mannheim S. g. 272. Walter, Reinhardt & Müller.

31.633. Karlsruhe. Gräflich Karl August Clemens zu Leiningen-Meudenu'sches Anlehen ad fl. 65,000 vom Jahre 1841.

In der vor Notar und Zeugen vorgenommenen öten Verloosung sind nachstehende Obligationen, als:

Table with columns for Obligation number, date (pro 1. Juli 1866-1870), and amount in florins (fl. 1200, fl. 6000).

zur Rückzahlung gezogen worden, und können die Beträge an den resp. Terminen nach Eingang an unserer Kasse erhoben werden. Die Verzinsung hört mit obigen Verfallterminen auf.

Karlsruhe, den 19. Juni 1866. G. Müller & Consorten in Karlsruhe und Baden.

31.344. Straßburg und Kebl am Rh. Geschäfts-Anzeige.

Ich bringe hiermit zur ergebensten Anzeige, daß von heute an auf meiner Fabrik am alten Bahnhof bei Kebl Bestellungen für alle Sorten franz. „Gyps“ angenommen und prompt ausgeführt werden.

- a) Plafondgyps, weißrand, mittelstark, franco Waggon Kebl pr. 100 Pfund 36 fr.
b) „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 40 fr.
c) Figuren u. Stützgyps, ganz fein 2 fl. 12 fr.
d) Feldgyps, Feinkorn, in 3 Sorten für mittel trockene Felser pr. Eßter 9 fr.

Säcke zum Transport werden auf Verlangen von der Fabrik geliefert, und zwar bei ganzen Waggons Ladungen gratis, wenn solche innerhalb 8 Tagen franco retour gefordert werden; verspätete Rücksendungen werden mit 2 fr. pr. Sack und pr. Woche, fehlende Säcke mit 45 fr. pr. Sack berechnet.

Gleichzeitig bringe ich zur empfehlenden Anzeige, daß ich vom 15. dieses an ein Lager sämtlicher Saarkohlen (en gros) halten werde. Unter Aufsicherung billiger und reeller Bedienung. Straßburg und Kebl am Rh., den 1. Juni 1866. Fréd. Buchmüller.

31.287. Karlsruhe. Nach New-York. jede Woche zweimal per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen. Rabus & Stoll in Mannheim. Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.

31.769. Offenburg. Das Inseraten-Bureau C. F. Bannmüller besorgt Anzeigen in alle in- und ausländische Zeitungen zu den Originalpreisen ohne jeden Kostenaufschlag; ferner besorgt er für Commis und Lehrlinge zc. schnelle Placierung.

Gesuch. 31.619. Die großh. Postexpedition Mühlheim sucht einen Privatpostgeschliffen.

31.325. Offenburg. Für Kanzleien und Bureau.

Brutscher's autographische Vervielfältigungs-Pressen, welche das Expeditions-Geschäft sicherer, schneller und billiger fördert, als dies durch Schreibkräfte geschehen kann, liefert: in einfachem und doppeltem Kanzlei-Format nebst den dazu gebörenden Ingrebenzen. Offenburg Ferd. Holzlin jr.

Pferdeverkauf. Der Mobilmachung wegen sind 2 junge, gut eingelehrte Pferde, die auch als Reitpferde benützt werden können, nebst einem Geschirr zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. 31.630.

Table of exchange rates and prices for various goods and currencies, including Frankfurt, 18. Juni 1866. Columns include location, item name, and price.

31.590. Karlsruhe. Militär-Uhren. Eine schöne Auswahl silberner Cylinder- und Anteruhren mit Deckel über das Glas, sehr praktisch bei Ausmärschen und Manövern, empfiehlt unter Garantie der Herren Offiziere bestens. J. Kaufmann, Uhrmacher.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS. Keine grauen Haare mehr! Melanogène von Dieguemars aîné in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. - Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen. Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. S. g. 393.

31.622. Sinzheim bei Baden. Wein-Verkauf.

Unterzeichneter hat ca. 600 Ohm reingehaltene Weine von den Jahrgängen 1860 und 1862 bis 1864, die Ohm zu 22 fl., 25 fl., 28 fl., 34 fl., zu verkaufen; auch kann auf Verlangen 1865er Wein abgegeben werden. Sinzheim bei Baden. Karl Rheinboldt.

31.592. Ueberlingen. (Aktuarell.) Die erste Aktuarellie mit einem reinen Gehalt von 450 fl. und Nebeneinkommen von beiläufig 100 fl. soll bei uns als bald wieder befest werden. Geschäfte-tüchtige, auch im Sportel- und Regimentswesen bewanderte Aktuare wollen ihre Bewerbung unter An-schluss von Zeugnissen binnen 8 Tagen bei dem Unterzeichneten einreichen. Ueberlingen, den 18. Juni 1866. Großh. bad. Bgltkamt. v. Scherer.

31.616. Nr. 3727. Sinzheim. (Erledigte Stellen.) Wegen beabsichtigten Eintritts unferer 1ten und 2ten Gehilfen in die Dienste der großh. Kriegsverwaltung suchen wir deren Stellen, mit welchen der normalmäßige Gehalt von 500 fl., bezw. 400 fl. und außerdem für unbestimmte Zeit ein Funktionengehalt von je 225 fl. jährlich verbunden ist, als bald oder längstens in 3 Monaten neu zu besetzen und laßen Sie die Bewerbung um solche ein. Sinzheim, am 18. Juni 1866. Großh. Oberinnehmeramt. S. Gupp.

31.596. Mosbach. (Aktuarell.) Auf 1. d. Mts. ist eine neu bewilligte Aktuarellie mit 400 fl. jährlichem Gehalt und Accidenzen zu besetzen. Bewerber, welche insbesondere Gewandtheit als Post-gerichtsbauern nachzuweisen haben, wollen sich sofort darüber melden. Mosbach, den 18. Juni 1866. Großh. bad. Amtgericht. Rauc.

31.612. (Erledigte Gehilfenstellen.) Bei der Oberinnehmeramt Mannheim ist die 3te Gehilfenstelle gleich zu besetzen. Gehalt 350 fl.